

Afrique überschrieb eine Titelgeschichte: „Kagame, der Mann, der Frankreich das Fürchten lehrt“.

Kagame und Kameraden haben ein weitgehend menschenleeres Land übernommen. Aus Angst vor der Rache der Sieger wagt sich das Millionenheer der Hutu-Flüchtlinge noch immer nicht in die Heimat zurück. Lieber sterben sie weiter in der Hölle von Goma in Zaire. Dort waren in der vorigen Woche zwar die Cholerafälle zurückgegangen. Aber dafür griff eine Ruhrepidemie um sich. Tausend Tote am Tag sind noch immer die Norm.

Von der Straße von Goma nach Kigali meldeten Uno-Leute dennoch nur „ein Rinnsal von Flüchtlingen, eher kleiner als vor zwei Wochen“. Das sei vielleicht sogar gut so, sagt der Arzt George Ionita von der japanischen Hilfsorganisation Amda. Denn ein Massentreck aus dem Seuchengebiet könnte Ruhr und Cholera verstärkt nach Ruanda schleppen. Erbrochenes und Exkremate bildeten bei einem Massenexodus eine „Spur der Pest“.

Auch aus anderen Regionen trafen nur gelegentlich Gruppen von Heimkehrern in der Hauptstadt ein; sie sind an ihren Schaumgummi-Matratzen und an den gelben Plastikkanistern zu erkennen, die von Hilfsorganisationen verteilt werden.

Noch immer vermag niemand genau zu sagen, wie viele Menschen ihre Orte verlassen haben. Aber die verkommenden Pflanzen auf den Feldern zeugen von der weitgehenden Entvölkerung in dem einst

„Der Völkermord mit staatlicher Hilfe muß gesühnt werden“

am dichtestbesiedelten Staat von Afrika. Der berühmte Tee von Mulindi im Norden, die Bananfelder südlich von Kigali – alles verrotet.

Bei einer Expedition nach Karisoke im Nordwesten entdeckten der britische Gorilla-Forscher Alan Goodall und der österreichische Uno-Major Karl-Heinz Braun auf zairischem Gebiet Tausende von Flüchtlingen, von denen bislang kaum jemand gehört hatte.

Angsterfüllt baten sie Goodall, mit der RPF-Regierung Garantien für ihre Rückkehr auszuhandeln. „Die Behörden sollten den Leuten über Radio Ruanda übermitteln, daß sie nichts zu befürchten haben“, appellierte Goodall an die neuen Machthaber in Kigali, „ich habe den Leuten Batterien für ihre Transistorradios zurückgelassen.“

Die für Flüchtlinge und Wiedereingliederung zuständige Staatssekretärin Christine Umutoni, 27, sagt, daß der ruandische Rundfunk solche Botschaften längst verbreite. Doch von einer großen Amnestie will sie nichts wissen: „Hier ist mit Hilfe staatlicher Institutionen wie



Russischer Außenminister Kosyrew, Serbenpräsident Milošević, Lastwagenkolonne



Polizei und Armee ein Völkermord verübt worden, und der muß gesühnt werden.“ Ja, es gebe Listen von Verdächtigen, und diese Leute müßten nach ihrer Rückkehr Rede und Antwort stehen. „Wenn sie im Ausland Asyl suchen, werden wir ihre Auslieferung beantragen.“

Dabei hat das Flüchtlingselend noch nicht einmal seinen Höhepunkt erreicht. Wenn die Franzosen bis zur übernächsten Woche ihre Schutzzone im Südwesten Ruandas verlassen, so befürchten Uno-Experten, werden 600 000 bis eine Million ruandische Hutu über die Grenze nach Zaire fluten. Dann droht um die Stadt Bukavu ein neues Goma. □

Bosnien

Prügel vom Ziehvater

Bosniens Serben setzen auf den „totalen Krieg“. Doch ihr Belgrader Schutzherr stellt sich gegen sie.

Der Angriff kam aus dem Westen. Kurz nach Mitternacht, so die exklusive Nachricht an die Volksvertreter, stiegen vier Nato-Kampfbomber aus dem italienischen Aviano auf und nahmen Kurs auf das Bergmassiv zwischen Mostar und Nevesinje. Gegen halb eins meldete dann die heimische Luftaufklärung: Bomben mit chemischen Kampfstoffen explodiert, Verluste unter der Zivilbevölkerung noch unbekannt.

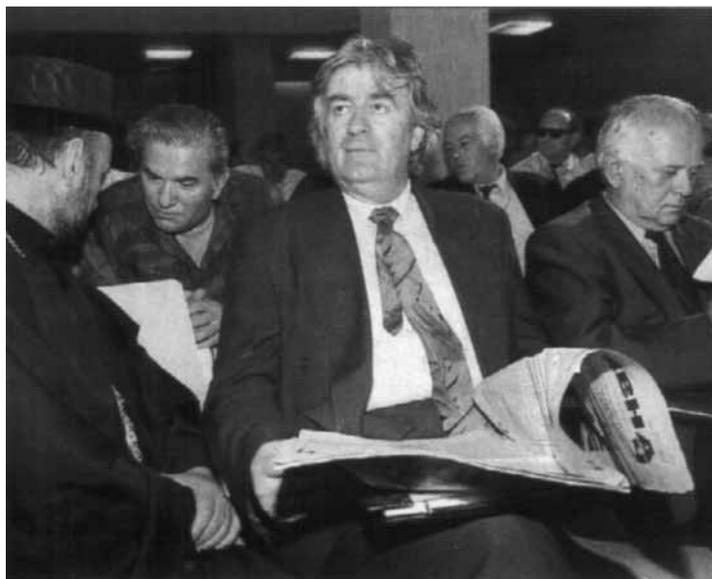
Die Horrormeldung erzielte am vergangenen Mittwoch die beabsichtigte

Wirkung. „Rache den Yankees“ schwor einmütig Bosniens Serbenparlament in seiner Bergfeste Pale bei Sarajevo. Führer Radovan Karadžić, 49, studierter Psychiater und praktizierender Psychopath, behandelte seine Kampfgenossen wie ein Patientenkollektiv: Mit rhetorischen Aufputzmitteln stimmte er sie ein auf einen „totalen Krieg“, den der Westen vom Zaun reiße, „um unser tapferes Volk zu zerstückeln“.

Zwei Tage später wurde es ernst. Was von Karadžić als Propagandalüge erdacht war, wurde nun Realität: Acht Nato-Kampfbomber griffen am Freitag abend in einer Blitzaktion drei serbische Stellungen um Sarajevo an, nachdem eine Freischärlertruppe aus einem ukrainischen Uno-Waffenlager zwei Schützenpanzer und anderes Kriegsmaterial gewaltsam entwendet hatte. Nach zehn Minuten war der Nato-Spuk wieder vorbei, ein Panzer zerhämmt. Der Nato-Oberbefehlshaber für Südeuropa, Jim Mitchell, zeigte sich jedoch enttäuscht, daß die Uno unverzüglich um die Einstellung weiterer Luftschläge bat und den serbischen Dieben bis Samstag abend eine neue Frist setzte, ihre Beute dem ukrainischen Bataillon wieder zurückzugeben.

Für Karadžić war die Attacke ein Grund mehr, der Welt zu trotzen und das Großserbische Reich zu fordern. „Verluste zählen nicht“, hämmert der Vormann seinen Kämpfern ein, „wenn es sein muß, werden wir auch Alte und Frauen zu den Waffen rufen.“

Der Serbenführer wollte drei Wochen Zeit gewinnen – dann soll ein Referendum seine Strategie bestätigen. Die bosnischen Serben stimmen über den jüngsten Teilungsplan aus Genf ab: Ob sie denn wirklich die Spaltung Bosniens in zwei etwa gleich große Hälften (49 Prozent für die Serben, 51 Prozent für Moslems und Kroaten) gutheißen und damit



an serbischer Grenze, bosnischer Serbenführer Karadžić: Zeigen, wer der erste Mann im Staate ist

22 Prozent des eroberten Territoriums und den ersehnten direkten Zugang zum Adriatischen Meer aufgeben wollen? Oder ob es nicht besser wäre, so lautet die Alternative, alle serbisch besetzten Gebiete Bosniens und Kroatiens in naher Zukunft an das von Serbien dominierte Rest-Jugoslawien anzuschließen.

Die Untertanen dürften, das lehren zweieinhalb Kriegsjahre, ihrem Führer die Gefolgschaft wohl kaum verweigern. Großserbien rückt näher. Nach dem gescheiterten Vance-Owen-Plan vom Winter 1992, der Bosnien in einen Flickenteppich aus zehn autonomen Kantonen verwandeln wollte, und einer ebenso erfolglosen deutsch-französischen Initiative der Außenminister Juppé und Kinkel vom vorigen Herbst, die eine lockere Drei-Völker-Konföderation vorsah, ist nun ein drittes Befriedungsprojekt zu Grave getragen – einzelne Nato-Luftschläge ändern daran nichts.

Im fernen Genf kümmerte sich vergangene Woche die Vermittlergruppe – angeführt von den USA und Rußland sowie mit Unterstützung Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens – nach der Ablehnung aus Pale nicht weiter um das vergilbte Friedenspapier. Keiner der Friedensmissionare, kein Lord Owen, kein Klaus Kinkel meldete sich zu Wort. Vergessen schien das Ultimatum vom 5. Juli, als man den bosnischen Kriegsparteien nur eine Vierzehntagefrist eingeräumt hatte, um der Initiative zuzustimmen. Damals drohte die Welt den Moslems, sollten sie sich ablehnend verhalten, werde die internationale Wirtschaftsblockade gegen Belgrad sofort gelockert. Und die Serben sollten durch die Ankündigung geschreckt werden, der Westen wolle das Waffenembargo gegenüber Sarajevo umgehend aufheben. Geschehen ist nichts.

Nur einer zeigte vorigen Donnerstag blitzschnell seine Entschlossenheit, und das schien keine Schiarade zu sein: Serbiens noch immer allmächtiger Präsident Slobodan Milošević, 52, drehte seinem Favoriten Karadžić schlagartig den Versorgungshahn ab. Er beschuldigte ihn plötzlich „grausamer Rücksichtslosigkeit“. Mit dem „Leben seiner besten Söhne“ müsse Serbien „für die verrückten politischen Ambitionen und die Habgier der Führer bezahlen“.

Der Serbenzar erklärte Karadžić und dessen Gefolgschaft zu unerwünschten Personen. Sie dürften das Mutterreich so lange nicht betreten, bis ihre „heimtückische Entscheidung“ widerrufen sei, die der serbischen Sache „unermeßlichen Schaden“ zugefügt habe: „Hinter ihr verbergen sich die persönlichen und materiellen Interessen von Kriegsgewinnlern und Leuten, die Angst haben, daß ihre Verbrechen aufgedeckt werden könnten.“

Seit Januar schon hatte Milošević Militärgüter an Karadžić nur noch gegen De-

visen liefern lassen. Seit April organisieren „slawische Bundesgenossen“ in Moskau, Bratislava und Sofia den Waffennachschub. Jetzt ließ der Serben-Vormann alle Hilfsleistungen einfrieren und zeigte damit, wer der erste Mann im Staate ist – zumindest derzeit.

Denn längst ist Gegenspieler Karadžić nicht mehr nur ein Lokalfürst und Statthalter Belgrader Interessen. Der gewiefte Schuhmachersohn liegt in der allgemeinen Wählergunst und möglicherweise auch innerhalb der Belgrader Militärkaste an Beliebtheit knapp hinter Ziehvater Milošević. Nach 27 Kriegsmontaten kontrollieren seine Kämpfer 70 Prozent des bosnischen Territoriums.

Die Weltanschauung des Nervenarztes ist simpel: Die Behandlung des ehemaligen Jugoslawien sei nur eine Ouvertüre, um „die Russische Föderation zu zerschlagen“. Europa habe die Serben als Versuchskaninchen benutzt, um herauszufinden, wie man Rußland unterwerfen könne. Im Moskauer Fernsehen erklärte Karadžić in tadellosem Russisch: „Ser-

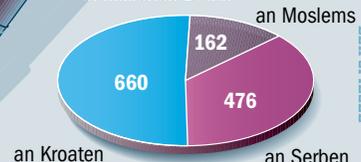
Öl ins Feuer Waffenlieferungen nach Ex-Jugoslawien (April 1992 bis April 1994)

Die wichtigsten Herkunftsländer

Lieferungen in Millionen Dollar an Serben, Kroaten, Moslems



Waffenlieferungen insgesamt; in Millionen Dollar



ben und Russen sind doch Brüder, die das gleiche Schicksal teilen.“ Zustimmung fand er dabei in der Vergangenheit nicht nur beim russischen Rechtsextremisten Wladimir Schirinowski, sondern auch in Boris Jelzins Regierungsmannschaft. Dem offiziellen Moskau liegt daran, eine neue Einflußsphäre in Südosteuropa abzustecken, da ließ sich über manche Greuelthat der serbischen Brüder in Bosnien hinwegsehen.

Anders lassen sich die Warnungen des Moskauer Außenamtschefs Andrej Kosyrew nicht werten, daß die Lage auf dem Balkan „stark an Ereignisse erinnert, die sich vor Beginn des Ersten Weltkriegsgetragen haben“. Während sein Vize Tschurkin emsig für den Genfer Plan warb, warf Kosyrew Deutschland und den USA vor, zu einseitig für Kroaten und Moslems Partei zu ergreifen; wer die Serben verteufele, trage dazu bei, „die Gefahr einer internationalen Konfrontation bis hin zu einem Weltkrieg heraufzubeschwören“.

Auf die vom Größenwahn geschlagenen Serben-Chauvis in den bosnischen Bergen wirkten solche Worte bisher wie Balsam, zumal Moskaus Außenminister regelmäßig in Pale vorsprach. Noch befreifen sie nicht die neue Situation und glauben, daß sich die Geschichte wiederholt.

Denn schon einmal, im Mai 1993, stellte sich Karadžić gegen Milošević und wies den Vance-Owen-Plan als „Mißgeburt“ zurück. Damals entpuppte sich der vermeintliche Interessenkonflikt zwischen Belgrad und Pale schnell als ein abgekartetes Spiel. Schon wenige Tage nach dem Nein seiner Stammesgenossen zeigte Milošević plötzlich Verständnis für die gerechtfertigten Bedenken der bosnischen Brüder.

Wie aufrichtig ist Milošević heute? Versucht er nun wirklich, den Geist des Nationalismus, den er selbst heraufbeschworen hat, wieder in die Flasche zurückzuzwängen?

Ein Friedensengel ist der Serbenpotentat wohl kaum, doch womöglich ein Realist. Nach drei langen Kriegsjahren, bei einer maroden Wirtschaft und relativ gesicherten Landgewinnen in Bosnien und Kroatien, will Milošević die Ausformung seines Großserbischen Reiches jetzt nicht überstürzen und schon gar nicht die internationale Staatengemeinschaft durch weitere Kriegsabenteuer gegen sich aufbringen.

Mit dem neuesten Schachzug der Grenzschiebung zog sich der Serbenzar aus der Schlinge, die ihm Karadžić umlegen wollte. Solch demonstrativer Friedenswille, so die Reaktionen aus den europäischen Hauptstädten, lasse sich wohl kaum bestrafen. Sanktionsverschärfungen gegen das Belgrader Regime werden vorerst nicht verhängt, derzeit ist Karadžić der Paria der Weltgemeinschaft. □

Nahost

Elemente eines Genies

In Geheimgesprächen will Israel Syrien zum Friedensschluß bewegen. Doch Damaskus erhöht den Preis für die Aussöhnung.

Dem nahöstlichen Friedensprozeß hat Ägyptens Staatschef Husni Mubarak als geschickter Vermittler schon manchen wertvollen Dienst erwiesen. Vor allem Israelis und Palästinensern half er auf dem Weg zur Aussöhnung über manche Hürde.

Bei seiner jüngsten Mission indes scheint Mubarak kein Erfolg beschieden. Vom syrischen Staatschef Hafis el-Assad, 63, erhielt der eifrige Ägypter einen schweren Dämpfer. Obgleich Mubarak eigens aus Kairo eingeflogen war, um die Chancen eines syrisch-israelischen Friedens auszuloten, ließ Assad den Besucher erst mal abblitzen: „Frag mich etwas Leichteres.“

Doch eine sibyllinische Antwort erhielt der Vermittler vom Nil mit auf die Reise zu seinem Treffen mit Israels Ministerpräsident Jizchak Rabin vorvergangenen Sonntag im ägyptischen Badeort Taba. „Der Weg zum Frieden“, orakelte der Despot von Damaskus, „ist weder eine Sackgasse noch eine offene Straße.“

Assads undurchsichtige Äußerungen bestätigten wieder mal den Ruf des gewieften Taktikers als „Sphinx von Damaskus“, die es liebt, Freund wie Feind Rätsel aufzugeben:

Wird der Syrer tatsächlich weiter einen Frieden im Nahen Osten blockieren und womöglich sogar die Aussöhnung Israels mit Jordanien und Palästinensern hintertreiben? Oder pokert der nervenstarke Staatschef nur, um für seinen Frieden mit dem verhaßten zionistischen Gebilde einen möglichst hohen Preis herauszuschlagen?

US-Präsident Bill Clinton zeigte sich En-

de vergangener Woche zuversichtlich. Assad sei an einem Frieden „sehr stark interessiert“, verkündete Clinton, bevor er Außenminister Warren Christopher auf eine weitere Nahosttour schickte.

Im eigenen Land ist die Position Assads ungefährdet. Seit der Luftwaffengeneral und ehemalige Kampfflieger vor einem Vierteljahrhundert durch einen unblutigen Putsch an die Macht gelangte, hat er sich mit Geschick und Gewalt zum absoluten Herrscher aufgeschwungen.

Aufstände verstand Assad schon im Ansatz niederzuschlagen. Als seine gefährlichsten Opponenten, die radikalen Moslembrüder, 1982 in der Provinzhauptstadt Hama aufbegehrten, ließ er Militärrücken anrücken. 17 Tage lang belagerte und beschoß die Armee die Stadt. An die 30 000 Menschen starben in den Trümmern von Hama.

Tausende von Agenten sorgen dafür, daß sich keine ernsthafte Opposition bildet. Ähnlichkeiten mit der früheren DDR sind nicht zufällig; die Deutsche Demokratische Republik, enger Verbündeter des sozialistisch orientierten Assad, schulte etliche Militärs. Mindestens vier Geheimdienste kontrollieren das Land.

Damit die Macht in der Partei und der Familie bleibt, hatte Assad, durch Diabetes sowie zwei Herzinfarkte angeschlagen, seinen Sohn Basil zum Nachfolger aufgebaut. Seit dem Unfalltod des präsumtiven Erben ist die Nachfolge jedoch offen.

Außenpolitisch bewies der Staatschef, in dem der frühere US-Präsident Richard Nixon „Elemente eines Genies“ erkannt zu haben glaubte und dessen Shuttle-Diplomat Henry Kissinger erst jüngst Assads „außergewöhnlichen analytischen



Friedensvermittler Mubarak mit Gesprächspartnern Assad,